

Spangenberg Zeitung.

Amtsblatt

für das

R. Amtsgericht Spangenberg

Anzeigen-Gebühr:

Die gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg. für auswärtige 20 Pfg., Restamtszelle 30 Pfg. Bei größ. Aufträgen entsprechenden Rabatt. Anzeigen bis Vorm. 9 Uhr erbeten.

13. Jahrgang.

Amtlicher Anzeiger für die Stadt Spangenberg.

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwochs und Sonnabend nachmittags. Preis pro Quartal 1,50 Mk., durch den Briefträger gebracht 1,70 Mk., monatlich 40 Pfg.

Allgemeiner Anzeiger für Stadt und Land.



Telefon Nr. 27.

Hugo Mungler, Spangenberg.

Donnerstag, den 3. Juni 1920.

Nr. 44.

Amtlicher Teil.

Schäpfung der Blutlaus.

Zur Bekämpfung der Blutlaus bringe ich die Vorschrift Nr. 17 der Regierungs-Vollziehverordnung vom 22. April 1919 (Reg.-Amtsbl. S. 109) in Erinnerung, nach der die Eigentümer der Bäume von der Blutlaus befallen zeigen, der Ortspolizeibehörde logische Anzeige zu erstatten und für die Reinigung der Bäume nach Maßgabe der Verordnung über die Blutlaus und deren Verteilung auf Seite 149/150 des Regierungs-Amtsblattes von 1883 zu sorgen haben. Zuwiderhandlungen werden nach § 24 mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder mit Haft bestraft. Daneben haben im Verfallmisse die Eigentümer zu gewärtigen, daß die Blutläuse unter Aufsicht der erforderlichen Schutzmaßnahmen auf ihre Wälder durch dritte vernichtet werden.

Ich erlaube die Ortspolizeibehörden, vorkommende Bestimmungen auf ortsübliche Weise in Erinnerung zu bringen und den Beteiligten nahe zu legen, daß die Vernichtung der Blutlaus in erster Linie doch in ihrem eigenen Interesse liegt. Bei Zuwiderhandlung ist nach Maßgabe der angelegenen Bestimmungen alsbald energisch vorzugehen. Schlichtlich mache ich auch noch auf das auf Seite 5/6 des Regierungs-Amtsblattes von 1885 zu Stück Nr. 25 von der Regierung bekannt gegebene weitere Mittel zur Bekämpfung der Blutlaus aufmerksam.

Melsungen, den 17. Mai 1920.
Der Landrat.

Ferfüttern von grünem Roggen und Weizen.

Ich weise darauf hin, daß nach der Verordnung vom 30. Mai 1915 (R. G. Bl. S. 287) das Ferfüttern von grünem Roggen und Weizen verboten ist. Zuwiderhandlungen werden bestraft. Melsungen, den 26. Mai 1920.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.

Kapitalertragsteuer.

Das von der Nationalversammlung beschlossene Kapitalertragsteuergesetz verpflichtet alle Kapitalschuldner — also auch die Darlehens- und Hypothekenschuldner — bei Zahlung ihrer Schuldzinsen 10 von Hundert der Zinsen einzubehalten und an das für sie zuständige Finanzamt abzuführen. Dies gilt schon für alle Zinsen, die 31. März oder 1. April 1920 fällig werden, ebenso wie für die später fällig werdenden Zinsen. Die Steuer muß binnen einem Monat nach Fälligkeit der Zinsföhlung entrichtet werden, wobei der Schuldner Namen und Wohnung des Gläubigers, den Schuldbetrag, den Betrag der geschuldeten Zinsen und den Zeitraum, für den die Zinsen zu zahlen sind, anzugeben hat. Darlehenszinsen, die für die Zeit vor dem 1. Oktober 1919 geschuldet werden, bleiben steuerfrei.

Für die Zahlung der Steuer ist der Schuldner persönlich verantwortlich. Erfüllt er seine Verpflichtung vorföhllich oder fahrlässig nicht, so kann er wegen Steuerhinterziehung oder Steuergeföhrdung strafrechtlich verfolgt werden. Hat der Gläubiger entgegen den gesetzlichen Vorschriften den vollen Betrag des geschuldeten Betrags ohne Abzug der Steuer erhalten, so ist er seinerseits ebenso verpflichtet, die Steuer zu entrichten, und zwar an das für ihn zuständige Finanzamt innerhalb eines Monats nach Erhalt der Zahlung.

Für Schuldzinsen, die vor dem 31. März 1920 gezahlt sind, muß die Steuer ebenfalls entrichtet werden, wenn die Zinsen erst am 31. März oder später fällig werden.

Die Finanzämter sind verpflichtet, dem Gläubiger auf Verlangen Auskunft darüber zu erteilen, ob der Schuldner die Steuer ordnungsmäßig abgezöht hat. Ansprüche auf Befreiung von der Steuer bedürfen besonderer Anerkennung durch das Finanzamt.

Bis zur Errichtung der Finanzkasse, die in jedem Falle bekannt gemacht werden wird, sind die Zahlungen an die hiesige Kreisföfse zu leisten.

Finanzamt Melsungen

Aus der Heimat.

Spangenberg, den 2. Mai. Von der deutschnationalen Volkspartei wird uns folgendes geschrieben: Am vergangenen Freitag fand im Saale des Gastwirts Heinrich Heinz eine Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei statt. Der Redner, Herr von Nostitz sprach vor einer erfreulich großen Zuhörerföfchaft über „die Wege und Ziele der Deutschnationalen Volkspartei“ die klaren durch Tatsachen erläuterten Ausführungen ließen keinen sachlichen Widerspruch zu. Aus dem Gang der Ereignisse in unserem Vaterlande folgerte der Redner die Schritte, die notwendig sind, um unser Volk aus dem jetzigen Elend zu befreien. Dieses Ziel wird nicht erreicht, solange wir eine Regierung haben, deren Entschlieöungen nur durch den Willen ihrer Partei bestimmt werden. Wir bedürfen einer Regierung, die unabhängig von den Parteien, das Wohl des gesamten Volkes im Auge hat. Als Vertreter sämtlicher Volksklassen betrachtet sich die Deutschnationale Volkspartei. Sie vertritt die Interessen der Fabrikunternehmen, das blühende Gewerbe, die Vorbedingungen sind für das Wohlergehen der Arbeiterschaft. Wo es bisher galt, berechnete soziale Forderungen der Arbeiter zu unterföhlen, tat es die Deutschnationale Volkspartei, oftmals im Gegensatz zu den Sozialdemokraten und Demokraten suchen können, liegt auf der Hand, denn diese Partei erstreben die Sozialisierung der einzelnen Betriebe. Unter Hinweis auf die russischen Zustände und auf die auch bei uns bereits herrschende, bewies der Redner den Wert einer unbeföhligen Beamtenföfchaft. Einer Klasse aber, die sich in unserem Volke breit macht, sei rüchföhllos rasch zugeschworen dem Muder- und Schieberum. In diesem Punkte jedoch hat die jetzige Regierung vöföllständig verlagert. Auch in den äußeren Fragen vernichten wir bei den heutigen Leitern unseres Volkes das wahre deutsche nationale Empfinden. Nicht Liebedienerei verschafft uns die verloren geangene Achtung bei untern Feinden. Die Staatsmänner der Entente wissen recht gut, daß sie den Krieg gewonnen haben und warum sie ihn gewollt haben. Eine Regierung, die es versteht dem deutschen Volke wieder Geltung zu verschaffen, die im inneren wieder für Ruhe und Ordnung sorgt, der das Wohl eines jeden Staatsbürgers am Herzen liegt, ist der Wunsch aller Kreise unseres Reiches. Wer diesem Wunsche zur Erfüllung verhelfen will, der bewirke dies am 6. Juni durch Abgabe eines Stimmzettels, der Deutschnationalen Volkspartei.“ In der nun folgenden Aussprache ergriff Herr Wegler aus Spangenberg als Vertreter der Demokraten das Wort. Er glaubte eine Reihe von Widersprüchen und Ergänzungen vortragen zu müssen, dabei unterließ ihm das Mißgeschick, einen großer Teil seiner bisherigen Parteigenossen als Stimmvieh zu bezeichnen. Im übrigen wurde er in allen Punkten durch Herrn von Nostitz glänzend widerlegt. Ein Vertreter der sozialdemokratischen Partei hatte den Darlegungen des Redners nur zu entgegen, daß ein Sieg der Rechtsparteien einen Bürgerkrieg hervorgerufen werde. Wo bleibt bei solch einer Drohung die Freiheit der Gewönnung, die doch die ursprüngliche Forderung der Demokraten ist? Ein Anhänger der Deutschen Volkspartei unterstützte die Worte des Herrn von Nostitz durch wiedergabe einiger Selbsterlebnisse. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen. Sie nahm einen erfreulichen Verlauf und bedeutet einen vollen Erfolg für die Deutschnationale Volkspartei. Wer den ehrlichen Willen hat, dem Vaterlande aus seiner Not zu helfen, wird die Ueberzeugung gewonnen haben, daß die Deutschnationale Volkspartei die rechten Wege zur Erreichung dieses Zieles weist.

25 Jahre Redant der städtischen Sparkasse.

Am 1. Juni blickte der städtische Sparkassen-

dant Herr Karl Klein auf eine 25 jährige Amtstätigkeit in Dienste unserer Stadt zurück, die reich an mühevollen Arbeiten, aber auch reich an innerer Befriedigung für ihn war. Was er in diesem langen Raum mit reicher Erfahrung und Umsicht geleistet hat, er tat es in nimmermüden Streben und Schaffen für das Wohl der Allgemeinheit. Als er vor 25 Jahren die Sparkasse übernahm, betrug das Einlagekapital 400 000 Mark, heute beträgt es weit über drei Millionen Mark. Zu Ehren des Jubilars versammelten sich heute im Sitzungszimmer des Rathauses der Magistrat, einige Vertreter der Stadtverordnetenversammlung und sämtliche städtische Beamten und netenversammlung und sämtliche städtische Beamten und netenversammlung zu einer schönen weisevollen Feier. Herr Angestellter Schier würdigte in eindrucksvoller Rede die Bürgermeister Herr Klein und überreichte ihm im Namen der Stadt eine künstlerisch ausgestattete Ehrenurkunde. Möge es Herrn Klein vergönnen sein, sich noch recht lange der gegneten Erfolge seines tatkräftigen Wirkens zu erfreuen.

Die städtische Arbeiter Herr Konrad Gröf und Frau feierten ihre Silberhochzeit.

Zur Erhöhung der Mehlpreise. Der Minister für Ernährung und Landwirtschaft schreibt: Trotz wiederholt in der Presse gegebener Aufklärungen mehren sich die Angriffe gegen die Reichsregierung wegen der von ihr mit Zustimmung des Reichsrats und des zuständigen Ausschusses der Nationalversammlung für Anbei wird vielfach behauptet, daß diese Erhöhung durch die den Landwirten gezahlten Getreidepreisen nicht gerechtfertigt werde. Demgegenüber sei nochmals folgendes hervorzuheben: die Getreidebestände Deutschlands in seinem durch den Friedensvertrag beschränkten Umfang genügen nicht, um seine vorlungsberechtigten Bevölkerung bis zum Beginn der neuen Ernte zu versorgen. Deshalb müssen für den Rest des Wirtschaftsjahrs mehrere hunderttausend Tonnen Getreide aus dem Auslande eingeföhrt werden. Bei den bekannten Valutaverhältnissen verursacht dies gegenüber dem Preise des Inlandsgetreides Mehraufwendung von etwa drei Milliarden Mark. Von diesen werden nur etwa 1 1/2 Milliarden durch die Erhöhung der Mehlpreise gedeckt; den übrigen Betrag muß das Reich tragen.

Heinrich Bertelmann †. In Cassel starb nach schwerer Krankheit der heffische Dichterdichter Heinrich Bertelmann, Lehrer am reformierten Waisenhaus. Unserem Städtchen hat der leider so früh Verewigte in seiner gemüthvollen Erzöhlung „Der Liebenbach zu Spangenberg“ ein bleibendes literarisches Denkmal geschenkt. Auch in dem 2. Band seines demnachst erscheinenden Werkes „Heffische Höhenluft“ hat er Spangenberg rühmend gedacht. So hat auch unsere Stadt Veranlassung, des Toten stets in Dankbarkeit zu gedenken.

Spangenberg. Ueber die Volksversammlung der Deutschen demokratischen Partei wird uns folgendes von demokratischer Seite geschrieben: Der Vertrauenssaal war bis auf den letzten Platz besetzt. Gegen 9 Uhr eröffnete Herr Woelm die Versammlung, und bat vor allem die Gegner, sich in der Diskussion so sachlich wie möglich zu verhalten. Sodann erteilte er den Hauptreferenten, Herrn Schulinspektor Kimpel, das Wort, der dann in klaren Ausführungen das Wesen der Demokratie darlegte und vor allem auch alle von der Gegenseite unserer heutigen Regierung gemachten Vorwürfe bereiskräftig zurückwies. Er sieht in der Demokratie die Hauptstütze unseres Vaterlandes, denn wie anders sei es gekommen, wenn eine Regierung ohne die demokratische Partei in Deutschland herrsche. Dieses haben auch namhafte Führer der deutschnationalen Volkspartei längst eingesehen und wissen die Mitarbeit der Demokraten in der Regierung voll und ganz zu würdigen. Nur die Schreier und Nichtswisser aus dem rechten Lager vermögen es, die heutige Regierung anzulügen, ohne natürlich den Verweis der Unfähigkeit führen zu können. Er warnte auch besonders davor, nach rechts als auch nach links zu wählen, denn eine Mehrheit beider Teile würde entweder auf kurze Zeit die Herrschaft

Die gute Ware liefert Höhl : Etagengeschäft in Cassel, große Rosenstr. 1211

Der Vorschlag der Entschädigungsbank.

Auf der Konferenz in Ginebr hatten Lloyd George und Millerand sich dahin geeinigt, daß die Entschädigungsbank bis zur Konferenz von Spa Vorschläge auf der Grundlage einer bestimmten von Deutschland zu zahlenden Gesamtsumme ausarbeiten sollten.

Gegenüber der ursprünglichen französischen Forderung auf Festsetzung der Gesamtsumme mit 120 Milliarden Mark in Gold, wovon Frankreich 55 Prozent erhalten sollte, scheint nunmehr ein Vorschlag vorzuzugreifen, der die Gesamtsumme von 120 Milliarden in vierzig unverbündlichen Jahresraten aufrufen soll und die Alliierten in Deutschland dafür auszubehaltenden Vorschlag für sich zu weiteren Finanzoperationen mit Hilfe der neutralen Staaten und Südamerikas benützen sollen. Auf die von Deutschland zu zahlenden Jahresraten könnten die deutschen Kohlenlieferungen und die deutschen Leistungen für den Wiederaufbau in Anrechnung gebracht werden. Die Diskussion für Deutschland soll dann nicht durch Anleihen, sondern durch direkte Kredite Englands und Amerikas erfolgen.

Wie Deutschland diese 120 Milliarden aufbringen soll, ist ein großes Rätsel, über das sich die Entente noch viel Kopfzerbrechen machen kann.

Vorkonferenz des Obersten Rates in Genoa.

Nach dem „Corriere della Sera“ wird demnächst vor dem Zusammentritt der Konferenz in Spa in Genoa eine Konferenz des Obersten Rates der Alliierten stattfinden, wo man sich über die von den Deutschen zu fordernde Wiedergutmachungssumme endgültig einigen will.

In politischen Kreisen Englands wird nach einer Meldung des „Secolo“ die Konferenz von Spa als die letzte eigentliche Friedenskonferenz betrachtet; alsdann soll an Stelle des Obersten Rates der Alliierten treten, um die noch weiter umstrittenen Fragen zu regeln.

Kurz Italien, Serbien und Rumänien wollen nicht zahlen.

„Evening Standard“ meldet: Italien, Serbien und Rumänien haben darum ersucht, bezüglich der Bezahlung ihrer Schulden an England die gleiche Behandlung zu erfahren, wie sie Frankreich und Belgien in Ginebr durch England zugefagt wurde, so daß die Bezahlung ihrer Schulden von der Bezahlung der Entschädigungen durch Deutschland abhängig sein würde.

Kanada fordert von Deutschland eine Entschädigungssumme von 1871 Millionen Dollar einschließlich 51 Millionen Dollar wegen Kriegsführung mit angefallenen Mitteln.

Die polnische Niederlage.

Polen bittet um Frieden?

Nach einer Meldung aus Warschau verläutet in politischen Kreisen, daß die polnische Regierung ein neues Friedensangebot an die Sowjetregierung gerichtet habe. Die Eröffnung der Friedensverhandlungen mit Rußland sollen unmittelbar bevorstehen.

Bei den amtlichen Stellen in Berlin ist von einem formellen Friedensangebot Polens an Rußland noch nichts bekannt. Die letzten Nachrichten aber, die von der polnischen Front eingetroffen sind, lassen die Möglichkeit eines solchen Angebotes zu. Die bolschewistische Armee hat in den letzten Tagen wieder namhafte Erfolge aufzuweisen gehabt, ganz besonders durch Besetzung der Stadt Werdischew, südwestlich Kiew, wodurch es den roten Truppen gelungen ist, die polnische Front an einem sehr empfindlichen Punkt einzubrüchen. An der polnischen Nordfront sind die Städte Wisna und Minsk unmittelbar bedroht. Es wäre daher nicht verwunderlich, wenn die polnische Regierung den Siegeslauf der bolschewistischen Truppen durch ein plötzliches Friedensangebot hemmen wollte.

Der Hilferuf nach Paris.

Gleichzeitig mit dem Friedensangebot an Rußland hat die polnische Regierung nach Pariser Blättermeldungen einen angstvollen Hilferuf nach Paris gefandt.

Das „Petit Journal“ meldet: Die polnische Regierung richtete an Frankreich ein Telegramm, das den Ernst der Lage der polnischen Armee mitteilt und um Entsendung von namhafter französischer Hilfsstruppen ersucht, da sonst die Gefahr einer völligen militärischen Niederlage Polens bestehe. — General Petain hat in Paris den französischen Kriegsrat einberufen, um über die militärische Lage der Polen zu berichten und über die nötigen Truppenentsendungen nach Polen Beschluß zu fassen. Millerand hatte bereits am Mittwoch eine längere Besprechung mit dem polnischen Botschafter in Paris.

Die „Times“ meldet: Dossa ist wieder von einer Abteilung der roten Armee befreit worden. Die Flotte der Alliierten hat die Häfen von Odessa und Sebastopol wieder verlassen.

Litauisch-russisches Bündnis gegen Polen.

Vom 12. bis 15. Mai haben in Kowno zwischen dem litauischen Kriegs- und Außenministerium einerseits und zwei Kommissaren der Sowjetregierung andererseits Verhandlungen stattgefunden mit dem Ergebnis folgenden Abkommens zwischen Litauen und Moskau: Bei dem bevorstehenden Angriff der Sowjettruppen auf Wlinsk (Dünaburg) übernehmen die Litauer die Verpflichtung, Wlinsk und Grodno anzugreifen, d. h. gegen den Rücken der polnischen Armee zu operieren. Hierfür verpflichtet sich Moskau, Wlinsk und Grodno an Litauen abzutreten. Des ferneren wurde vereinbart, daß, falls Deutschland den

Demestrets nicht freischiffen an Plänen, die die vereinigten Polen und litauischen Armeen gegen Ostpreußen marschieren werden.

Droht Deutschland Gefahr?

Die militärischen Vorgänge zwischen Rußland und Polen haben, wie ein Vertreter des Auswärtigen Amtes in dem bayerischen Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten ausführte, in weiten Kreisen Deutschlands Beunruhigungen hervorgerufen wegen eines etwaigen Angriffs auf Deutschland.

So sei die Frage aufgeworfen worden, ob, wenn Polen überannt würde, der Angriff der Russen an der deutschen Grenze stehenbleiben würde. Von der Reichsregierung sei gesagt worden, die deutschen Grenztruppen seien nach Möglichkeit verstärkt worden und sei der Respekt Rußlands vor der deutschen Grenzmacht und Militärkunst so erheblich, daß zu erwarten sei, daß der Angriff an der deutschen Grenze nicht eintreten werde. Eine zufriedenstellende Aussicht, daß keine Gefahr von russischer Seite zu befürchten sei, konnte von der Reichsregierung nicht gegeben werden. Auch im Ausschuss der Nationalversammlung ist auf die Gefahr hingewiesen worden, daß, wenn ein Angriff auf Deutschland erfolgte, die Sowjetregierung versuchen würde, Zentren für Aufstände in Mitteldeutschland oder im Ruhrgebiet zu schaffen, um auf diese Weise

den militärischen Vorstoß zu verschärfen und den Widerstand Deutschlands zu brechen.

Es liegt also auch in deutscher Interesse, wenn in polnisch-russischer Friedensschluß möglichst bald zustande käme, die bolschewistischen Truppen zu unseren Grenzen vordringen sind. Die Gefahr ist um so größer, als Litauen sich, wie oben erwähnt, auf die Seite der Sowjetregierung geschlagen hat und dadurch die Strohstraf der Bolschewisten erheblich an

Irland in Flammen.

Der Brandfeldzug der Sinnfeiner.

In Irland hat ein neuer Brandstiftungsfeldzug angebrochen. Zwischen Oftern und Pfingsten wurden insgesamt laut amtlicher Mitteilung 400 Polizeistationen verbrannt und 190 Steuerämter überfallen. In Tubbercurry wurde das Gerichtshaus eingeeigert. Am nächsten Tage sollte der Richter dort eine monatliche Session eröffnen. Sämtliche Gebäude waren verbrannt. Drei Polizeistationen in Ballinacorney wurden geplündert und in Brand gesteckt und sämtliche Akten vernichtet. Mehrere weitere Polizeistationen wurden geplündert und die Aktenkassette ebenfalls durch Feuer vernichtet. In Cloune fand eine Gerichts Sitzung statt innerhalb der vier letzten Mauern des niedergebrannten Gebäudes.

Außer Gerichtsgebäuden und Polizeistationen wurden auch größere Privatgebäude eingeeigert. Durch Verbrennen eines Schlosses bei Bandon und eines Gutshauses wurde ein Schaden von hunderttausend bzw. vierzigtausend Pfund Sterling angerichtet.

Absendung englischer Truppen.

Die englische Regierung ist entschlossen, den Aufstand durch Wassengewalt niederzukämpfen. Ein Bataillon Hochländer in Ulster soll erhielt Befehl, nach Irland abzuschicken. Drei weitere Bataillone wurden angewiesen, sich zum sofortigen Abrücken zu bereithalten. Da die Eisenbahner sich weigern, Truppen und Kriegsmaterial zu befördern, sollen die Waffen- und Heeresguttransporte nach Irland durch Truppen und Seefoladaten ausgeführt werden.

Beschlagnahme der Getreideernte.

Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920.

Auf Grund des Artikels 4 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 vom 21. Mai 1920 wird der Wortlaut der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920, wie er sich aus der Verordnung vom 21. Mai 1920 ergibt, nunmehr amtlich bekannt gemacht.

Danach wird das in Reichs angebaute Getreide (Brotgetreide, Gerste und Hafer), allein oder mit anderen Bodenerzeugnissen gemeint, mit der Trennung vom Boden für den Kommunalverband beschlagnahmt, in dessen Bezirk es gewachsen ist. Die Beschlagnahme erstreckt sich auch auf den Stalm, und die aus dem beschlagnahmten Getreide hergestellten Erzeugnisse, wie Mehl, Schrot, Grieß, Graupen, Grütze, Floeden, Malz. Vor der Trennung vom Boden dürfen Kaufverträge über Getreide oder andere auf Veräußerung oder Erwerb von Getreide gerichtete Verträge nicht abgeschlossen werden, wenn nicht der Kommunalverband schriftlich seine Zustimmung erklärt hat. Verträge, die vor Inkrafttreten dieser Verordnung abgeschlossen worden sind, sind nichtig.

Trotz der Beschlagnahme dürfen Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe von ihrem selbstgebaute Getreide in der Zeit vom 16. August 1920 bis zum 15. August 1921 zur Ernährung der Selbstversorger auf den Kopf an Brotgetreide monatlich 12 Kilogramm, an Gerste und Hafer monatlich je 5 Kilogramm verbrauchen, ferner zur Befestigung der zum Betriebe gehörenden Grundstücke bestimmte Mengen Getreide beauftragen. Die Beschlagnahme endet mit dem freihändigen Eigentumsverkauf durch die Reichsgetreidebehörde oder den Kommunalverband, für den die Vorräte beschlagnahmt sind. Uebertretungen dieser Bestimmungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mark geahndet.

Politische Rundschau.

Berlin, 28. Mai 1920.

Der Reichstag der Erwerbslosen

Am 27. Mai hat der Reichstag die Erwerbslosenreform beschlossen. Die bayerische Regierung des Reichstages hat die bayerische Regierung den Reichstag in der Sache des Reichstages 770 neue Beamtenstellen vorgeschlagen. Die bayerische Regierung hat die bayerische Regierung den Reichstag in der Sache des Reichstages 770 neue Beamtenstellen vorgeschlagen. Die bayerische Regierung hat die bayerische Regierung den Reichstag in der Sache des Reichstages 770 neue Beamtenstellen vorgeschlagen.

Das deutsche Mobilien in Elsaß-Lothringen durch das zwischen Deutschland und Frankreich am 5. November 1919 geschlossene Abkommen betriebl. freigegeben. Das deutsche Mobilien in Elsaß-Lothringen durch das zwischen Deutschland und Frankreich am 5. November 1919 geschlossene Abkommen betriebl. freigegeben. Das deutsche Mobilien in Elsaß-Lothringen durch das zwischen Deutschland und Frankreich am 5. November 1919 geschlossene Abkommen betriebl. freigegeben.

Die deutsche Kriegswirtschaft in Lille. Immer mehr wird auf Grund der wachsenden Anstrengungen der Alliierten der Aufbruch des deutschen Kriegswirtschafts in Lille. Immer mehr wird auf Grund der wachsenden Anstrengungen der Alliierten der Aufbruch des deutschen Kriegswirtschafts in Lille. Immer mehr wird auf Grund der wachsenden Anstrengungen der Alliierten der Aufbruch des deutschen Kriegswirtschafts in Lille.

Die braunschweigische Verfassungsfrage. Wie die braunschweigische Verfassungsfrage. Wie die braunschweigische Verfassungsfrage. Wie die braunschweigische Verfassungsfrage. Wie die braunschweigische Verfassungsfrage. Wie die braunschweigische Verfassungsfrage.

Rundschau im Auslande.

Die Wahl des Präsidenten der französischen Republik wird am 17. Januar stattfinden.

Der Telefonstreik in Dänemark hält an; die Telefonangestellten in Schweden und Norwegen haben sich mit den dänischen solidarisch erklärt.

Österreich: Die Untreue Kaiser Karls.

Ueber die Friedensschritte Kaiser Karls in Zahlen. 1917 schreibt das Wiener christlich-sozial. „Deutsche Volksblatt“. Wenn wir auch alle milderen Umstände für ihn in Betracht ziehen, so war er doch auch Herrscher eines deutschen Volkstammes. Der frühere Kaiser Karl hat Untreue gegen die deutsche Nation. Daraus allein schließt sich zwingend als ausgeschlossen, daß er jemals ein Führer eines deutschen Stammes werden kann. Wir stellen uns zu dieser Feststellung um so mehr verpflichtet, wenn man die deutschen Katholiken mit Plänen in Verbindung bringt, mit denen wir nicht nur als Deutsche, sondern gerade aus unserem katholischen Gewissen, welche die Wahl zwischen Treue und Verrat nicht kennt, nicht tun haben wollen.

Tschecho-Slowakei: Das Mitbestimmungsrecht der Deutschen.

In einer Sitzung der Vertreter sämtlicher nationaler Parteien wurde eine Resolution angenommen, die die Rechte der Deutschen in der Tschecho-Slowakei betrifft.

Amerika: Wilson gegen den Friedensschluß.

Präsident Wilson hat gegen die Resolution der Alliierten und Österreichs auszusprechen, und sowohl vom Senat als von den Repräsentantenhaus angenommen worden. Wilson hat gegen die Resolution der Alliierten und Österreichs auszusprechen, und sowohl vom Senat als von den Repräsentantenhaus angenommen worden. Wilson hat gegen die Resolution der Alliierten und Österreichs auszusprechen, und sowohl vom Senat als von den Repräsentantenhaus angenommen worden.

Jan. Mal 1920. enre e Deut... mangelre... en Besoldu... fgleichen... en foder... fe des Ar... n der Defe... onischen... st worden... i zufehe... i auf sich... von deut... das in j... schärfste... bel betra... f-Vorteil... raufreich... ten bet... befindlich... nische St... es ist, daß... Gegenf... besser Ab... ist unlie... wens Bew... den Beran... den Gefu... in a Sch... Möbelaus... l. Gefu... andere Be... Amt ober... in gerie... igerung... ie. Immer... r. Subdi... ben Bolle... ften über... Das am... wird je... und des... rgelegt... fedenfom... feldheres... ille vergo... von Ger... alle Bus... Wie die... hat die... die au... der Lan... d. Januar... der Linie... atlage in... der deut... e ihre Ge... gen habe... nes Ent... reiflaates... erfaffung... e besthe... e wieder... frucht... igr. Zeit... c. an: die... haben sich... in Jahre... ge Kofte... für ihn... wirbigen... ftaumes... e gübi... ein fchon... e jemals... n. W... pflichtet... länen in... Deut... welche... t, nicht... t der... e natio... f an... e Be... luf... n St... Deut... n Gew... er war... er, ein... entwege... der... fchidener... fchidener... n müß... nramen... Häuf... e Pr... h müß... fvertra...

Indien: Das Blutbad von Amritsar.
Die „Telegraph“ aus Indien meldet, hat die indische Regierung den Bericht des Untersuchungskomitees über die Vorfälle in Amritsar in 1919 nunmehr übermittelt. Die Truppen des Generals Dyer hatten damals auf eine Volksmenge mehrere Tote und 379 und den Bericht der Vermittelnden über die Wechsellage des aus Europa und Indien stehenden Ausschusses in der Ansicht, daß General Dyer feuern ließ, ohne vorher der aus über 100000 indischen Angehörigen Menge Gelegenheit zum Reden zu lassen und daß das Feuer fortgesetzt wurde ohne sich bereits zu erheben.

Lokales.

Die Spargelzeit ist da. Beim Worte „Spargel“ manchem schon das Wasser im Munde zu spritzen. Er denkt an den witzigen, lederen Genuß und eine sehr gesunde Frühjahrskost. Die Kultur ist auch in Deutschland in hohe Aufblüte gekommen und bildet vielfach einen besonders gärtnerischer und landwirtschaftlicher Großbetrieb. Die Kultur des Spargels läßt sich bis zu den Ägyptern nachweisen; denn nach Ungebräuchlichkeit auf Wandbildern altägyptischer Gräber sind die Vorarbeiten Gegenstände, die ihm im Leben dienen, gemessen, mit in den Sarg zu legen, sowie sein Grab mit Blumen und Pflanzen und dasjenige, was er essen und trinken hatte, wiederzugeben, so können wir annehmen, daß sie den Spargel als Genusmittel betrachteten. Auch die alten Römer kannten den Spargel als Gemüse, und wie aus die Leberfesteinungen zu ersehen sind, wußten sie auch bereits Unterschiede in der Zubereitung zu machen. Schon damals lernten die alten Ägypter von ihnen den Spargel kochen, mögen ihn auch in besonderen Geschmack abgewonnen und ihn in der 16. Jahrhundert nichts über die Kultur der Spargel in Deutschland. Erst im 16. Jahrhundert lernten die Holländer den Spargel wie so manche andere Kultur bei uns ein. Zuerst waren es einige in den Niederlanden, in deren Nähe Spargelplantagen entstanden, so namentlich Mainz, wo auch heute noch Spargelkultur in hoher Blüte steht. Gegenwärtig sind die Umgebungen von Braunschweig, Hannover, Erfurt, Ulm usw. durch bedeutende Spargelplantagen aus.

Die Luft- und Luftbäder sind eine Badeform, die in aller Neuzeit und Ungewohntheit, noch vielen Vorurteilen begegnen, aber doch auch schon bei Tausenden die Zustimmung finden. In zahlreichen Städten und Kurorten gibt es bereits derartige Bäder, und diese, meist freilich erst nach ärztlicher Verordnung, werden hat, wird ganz sicher auch zum Apoptel dieser Bäder und predigt ihren Wert in alle Lande zu bringen. Ein Luftbad kann füglich aber auch in der Natur vorgenommen werden. Man entkleidet sich ein wenig und schließt sich auf 10 bis 15 Minuten irgend einer Bewegung. Es stellt sich alsbald ein unbeschreibliches Wohlgefühl ein, hervorgerufen durch die Wirkung aller vegetativen Lebensprozesse. Der Luftdruck durch die Durchblutung aller Hautgebilde und macht sie funktionstüchtig. Mangel der stehenden Luft ist eine erhöhte Wärmeabgabe statt; aber dieser Mangel lüftet der Organismus durch tiefere Respiration auszumachen; die Lungen arbeiten kräftiger, das Blut in das Blut eine größere Sauerstoffzufuhr, was wieder eine lebhaftere Verbrennung als eine intensiver, so notwendigen Stoffwechsel mit sich bringt. Schon Goethe sagte: „Leichter ist es auch im Wasser, leichter noch in Luft und Man versuche nur einmal das Luftbad, und wird sich sicher mit ihm befreundeten“ Appetit, Schlaflosigkeit, Unfruchtbarkeit, Nervenbelästigungen — alles das wird verschwinden!

Aus Stadt und Land.

Das Explosionsunglück in Münster. Zu dem Explosionsunglück im Chemischen Institut der Universität Münster wird noch mitgeteilt: Im Hörsaal des Chemischen Instituts experimentierte Prof. Schenck mit Sprengstoff explodierte der Inhalt eines größeren eisernen Patronen und es entzündete sich gleichzeitig der in der Nähe stehende Sprengstoff im allgemeinen ungefährliche langsam verbrennende Stoffe. Nach einem Feuerknall gleich dem eines Schloßfeld. Lediglich der Studierenden an der Stelle getötet, zehn andere schwerere Verletzungen erlitten. Professor selbst kam mit leichten Verletzungen an (im Bereich davon. Inzwischen ist ein Schwerkörperlicher Wunden erlegen, so daß sich die Zahl der Opfer auf sieben erhöht.

Der Zurücktransport der deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien. Nach Ansicht des Professors Dr. v. d. Planitz, der sich zur Zeit in Stockholm befindet, wird der Heimtransport der 200 000 deutschen Kriegsgefangenen, die sich in Sibirien und Ostasien befinden, schneller von Statten gehen, als ursprünglich angenommen wurde, trotzdem die 700 000 Trollyer, die der Transport kostet, noch lange zusammengekommen sind. Planitz hofft, daß bis Ende Oktober 100 000 Mann in die Heimat zurückgebracht werden können.

Brandstiftung durch einen abgewiesenen Hausbesitzer. Am Freitagabend wurde in dem der Stadt am Hauptbahnhof stehenden Hotel ein Hausbesitzer durch einen Brand getötet. Nach kaum zwei Stunden standen die Gebäude des Hauses in Flammen. Bis auf ein vor einigen Jahren neuverbautes Haus

brannten die ganzen Wirtschaftsgüter der Stadt nieder. Die ganze Wohnung und Futtermittel verbrannten. Das Vieh konnte indes mit Lebensgefahr gerettet werden. Es wird Brandstiftung durch einen abgewiesenen Hausbesitzer vermutet.

Strassenbahnbenutzungsfrist. Der Zentralverband der Angehörigen in Frankfurt (Main) nahm heute auf der Strassenbahn an, wodurch namentlich die Angestellten schwer belastet würden. Die Ortsverwaltung wurde beauftragt, sofort gemeinsam mit der RFA und dem Gewerkschaftsverband Schritte einzuleiten, um durch eine gemeinsame Abwehrfront gegen den durch die Proklamierung eines Strassenbahnbenutzungsstreiks die Fahrpreiserhöhung rückgängig zu machen.

Uniformverbot im besetzten Rheinland. Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete erließ mit der Interalliierte Rheinlandkommission hat am 8. Mai 1920 eine Verordnung erlassen, wonach die deutschen aktiven Militärpersonen, Angehörigen der Sicherheitspolizei und sonstigen militärischen Hilfspersonellen beim Aufenthalt in den besetzten Gebieten nicht gestattet ist, Militäruniform oder wesentliche Teile militärischer Bekleidung und Ausrüstung sowie militärische Abzeichen zu tragen, es sei denn, daß sie eine besondere Erlaubnis der Rheinlandkommission oder der Armeekommandanten besitzen. Die Verordnung ist am 16. Mai in Kraft getreten.

Ein gefährliches Spielzeug. Drei Brüder im Alter von achtzehn, elf und neun Jahren, Söhne eines Arbeiters der Siemens-Werke in Berlin, spielten mit ihrem Bruder. Richtig explodierte dieser und rief noch vor dem Tode die linke Hand vollständig ab. Der achtzehnjährige junge Mann erlitt schwere Unterleibsverletzungen, während der jüngste durch Splitter ebenfalls schwer verletzt wurde. Mehrere andere Kinder, die auf der Straße spielten, wurden durch Splitter leicht verwundet.

Tod eines Petroleumgroßindustriellen. Der bekannte Petroleumgroßindustrielle David Kanto ist in einem Wiener Restaurant während des Mittagessens von einem Gefäßschlag befallen worden und war auf der Stelle tot; Kanto hinterläßt ein Vermögen von vielen hundert Millionen Kronen.

Einem verwegenen Haus versuchte in Stritz, Sachsen der Arbeiter Besche von dort und ein Kräftiger Gastwirtsohn. Sie fuhren im Automobil vor das Gebäude des dortigen Vorkaufsbereichs und Besche begab sich in die Kassenräume, wo er mit vornehmlichem Revolver von der anwesenden Kassierin hütet zum Geldschrank erzwingen wollte. Durch das Ankommen einer zweiten Kassierin wurde Besche in seinem Vorhaben gehindert und ergiff in dem vor der Tür haltenden Automobil die Flucht. Auf dem Bahnhof in Stritz hat sich der Räuber, der von der zweiten Kassierin erkannt worden war, erschossen. Sein Mitschuldiger wurde von der Stritzger Kriminalpolizei verhaftet.

Japans größte Fabrik niedergebrannt. In Tokio ist die größte japanische Fabrik, nämlich die Hatodate-Waagenfabrik vollständig niedergebrannt. Der Schaden beträgt zwei Millionen Yen. Mehr Personen wurden bei dem Brande getötet, 17 schwer verletzt.

Ausgelieferte deutsche Frachtdampfer. Der auf der West von Tecklenburg in Gesehminde für die Hamburg-Amerika-Linie erbaute Frachtdampfer „Vogland“, der 16 000 Tonnen groß ist, ist nach England zur Ablieferung gekommen und in Firth of Forth eingetroffen. — Auf der West von Tecklenburg soll auch das Schwesterfahrzeug der „Vogland“ mit Namen „Kurland“, das erst vorige Woche vom Stapel gelassen ist, beschleunigt fertiggestellt und an England abgeliefert werden. Auf der Fahrt nach England ist bereits von Kiel aus der Dampfer „Vosnia“, 10 000 Tonnen groß, der während des Krieges als Werftschiff der Marine in Kiel gebaut hat und wieder als Postdampfer insland gesetzt ist. — Auch dieses Schiff gehörte der Hamburg-Amerika-Linie.

Meeresschwemmung in Harburg. Ein wolkensartiger Regen hat in Harburg an der Elbe schweren Schaden angerichtet. Der ganze untere Stadteil geriet unter Wasser, das eine Höhe bis zu 1/2 Meter erreichte, in Keller und Parterreverandungen einbrach. Besonders geschädigt ist die chemische Fabrik Harburg-Stahlfabrik, die einen halben Meter unter Wasser steht. Die Arbeiter mußten auf provisorisch hergerichteten Plattformen auf der Fabrik herabgeholt werden. Auch der Flußhafen ist sehr erheblich.

Die Wassenaufgabe im Ruhrgebiet. Reichsdeutlich der Landkreis Lemmer sind wieder mit Sicherheitswehr belegt worden. Das Bezirken der Kasernen verleiht ohne jeden Zwischenfall. — Seit dem 17. Mai wurden durch Beschlagnahme und freiwillige Abgabe an Waffen eingebracht: 1661 Gewehre, 142 andere Handfeuerwaffen, 20 Maschinengewehre mit Ersatzzubehörsätzen, 1 Minenwerfer, 17 Minen, 118 000 Schuß Infanteriemunition, 545 Handgranaten, 63 Seitengewehre sowie eine Menge anderer militärischer Kampfmittel.

Der Krieg im Teschener Kohlengebiet. Wie die Blätter aus Mährisch-Schlesien melden, wurden bei den Zusammenstößen zwischen tschechischer Gendarmen und freitenden polnischen Arbeitern im Walde zwischen Karwin und Dombrau zwei Gendarmen getötet. Auf polnischer Seite wurden drei Personen getötet und 15 verwundet. Die Entente-Kommission hat ihren Sitz nach Budlau bei Oberberg verlegt.

Neiche Kirchenneue in Schlesien. Die Verpachtung der Kircheneinkünfte auf der Grafschaft von Frankenstein, brachte in diesem Jahre einen Erlös von 32 000 Mark. Mehrlich liegen die Verhältnisse auch in der weiteren Umgebung. So wurde beispielsweise allein bei der Verpachtung der Grunauer Gemeindefürsorge gegen den vorjährigen Erlös von 940 Mark legt ein Pachtgebot von 6000 Mark erzielt.

Der Binnenverkehr vor dem Zusammenbruch. Das vom Binnenverkehrverband beim Reichsarbeitsministerium beantragte Schiedsverfahren ist infolge des Widerstandes der Arbeitgeber und der

des Teilnehmerverbände der Transportarbeiter, so der Deizer bis jetzt nicht zustande gekommen. Es ist aber auch ohnedies mit einer baldigen Beendigung des Streiks zu rechnen, nachdem an verschiedenen Stellen die Schifffahrt bereits wieder im Gang und der Streik schließlich im Abflauen ist. In Sachen ist der Binnenverkehr bereits endgültig zusammengebrochen. Nachdem am Donnerstag sämtliche 30 Röhre von Schanbau zum Wschwinnen gebracht worden sind, haben die Dresdener Schiffer die leeren Röhre zu Schlepplagen zusammengestellt und sind bergwärts nach Böhmen abgeschwommen.

Meine Nachrichten.

- Der Wiener Strassenbahnstreik soll mit Rücksicht auf die Lohnforderungen der Strassenbahner von zwei auf drei Kronen erhöht werden.
- Der mit Eisenherz beladene deutsche Dampfer „Mantros“ ist im bishigen Rebel bei Gesholmen südlich von Bus (Norwegen) gesunken.
- Am letzten Jahre sind ungefähr 8000 Sklaverei von Deutschland nach Dänemark ausgeführt worden.

Fortsetzung von Seite 1.

der Feudalen, die wir genügend in der Vorkriegszeit kennen gelernt haben, hervorzurufen, oder aber die bolschewistische Welle würde über Deutschland hinwegziehen. Siegt die Linke, dann werden wir in Kürze die Räterepublik, deren Verlauf wir von München, Hamburg und Götting her noch zur Genüge kennen, bekommen. Man wirft auch den Demokraten Religions-Feindschaft vor. Auch dieses vermochte der Redner glatt zu widerlegen, denn die Demokraten traten stets für den Religionsunterricht in der Schule ein und sind dafür, daß die Religion nicht von parteipolitischen Gesichtspunkten aus zu behandeln ist, sondern sie halten die Religion für eine Herzensangelegenheit. Es war ihre Aufgabe, in der Nationalversammlung ausgleichend zu wirken zwischen den Extremen von rechts und von links und gerade das demokratische Mitglied der Nationalversammlung, Schulrat Weiß, ist es gewesen, der durch seine ausgezeichneten Ausführungen über Kirche und Schule nicht nur den ungeteilten Beifall der Demokraten, sondern auch Anerkennung bei den Reichsparteien erworben hat. Während man früher allen denen entgegentrat und sich als vaterlandslos erklärte, die den Haushaltsetat ablehnten, so muß man auch heute die Reichsparteien, die in einer noch größeren Not unseres Vaterlandes der Verwilligung des Etats ablehnend gegenüberstanden, als durchaus als nationallos bezeichnen. Unter lebhaftem Beifall endete nach etwa 1 1/2 stündiger Rede der Hauptreferent des Tages. Nach ihm sprach Herr Schreinermeister Wachs-muth. Derselbe hatte vieles aus seiner langjährigen Praxis mitgeteilt und auch wieder gezeigt, wie nötig es gerade für den deutschen Handwerker ist, an dem demokratischen Gedanken festzuhalten. In den früheren Jahren des alten Regimes hat man den Handwerker kaum geachtet und er mußte sein Leben kärglich dahinstricken. Es ist also im Falle eines Sieges der Rechten nur der alte Jammer zu erwarten. Auch von der Sozialdemokratie, der Herr Wachs-muth 15 Jahre hindurch angehörte und die heute noch auf dem Boden des Errierten Programmes steht, ist für den Mittelstand kaum eine bessere Zukunft zu erhoffen. Daher findet sich auch der größte Teil aller Handwerker in der demokratischen Partei vereinigt. Der lebhafteste Beifall nach seiner Rede gab Zeugnis von dem Einverständnis aller mit den Ausführungen des Herrn Wachs-muth. Hierauf schloß sich eine Diskussion an, die von Seiten der Sozialdemokratie geführt wurde. Von der Rechten wagte es niemand, gegen die beiden Redner in der Diskussion aufzutreten, ein Zeichen ihrer Schwäche. Das Schlusswort sprach Herr Wegler und wies besonders auf den Führer der demokratischen Liste, Herrn Professor Schilling hin, der als alter Völkerrechtslehrer und Pacifist nicht allein in Deutschland, sondern auch in aller Welt sich einen großen Namen erworben hat. Er will Deutschlands Größe nicht durch neue Krieger oder einen neuen Krieg, wonach die deutsch-nationalen streben sondern durch die Verständigung mit allen Völkern erzielen und er sieht es als seine vornehmste Aufgabe an, eine Revision des Friedensvertrages durchzuführen. An eine solche Revision ist natürlich nicht zu denken, wenn unsere Feinde das Ausblühen der Reaktion, die Stärkung der alten Militaristen sehen. Mit einem „Doch“ auf unser Vaterland schloß der Redner und die Versammlung endete gegen 4 1/2 Uhr.

Abgabe von Spiritus.

Laut Mitteilung der Kreiswirtschaftsstelle darf der Kaufmann Richard Wlozy zu Spangenberg Spii aus nur für Zwecke der Kranken- und Säuglingspflege abgeben. Alle sonstigen Verbraucher haben sich an Heinrich Wagner in Cassel, Wlozyerstraße 57 zu wenden. Spangenberg den 1. Juni 1920.

Der Bürgermeister.

Schier.

Erklärung der Schwerekriegsbeschädigten. Die Amtliche Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen zu Melungen verlangt eine Uebersicht der Schwerekriegsbeschädigten. Als solche gelten Kriegsbeschädigte, deren Erwerbsbeschränkung mindestens 50 v. H. beträgt und die eine entsprechende Rente beziehen. Die Schwerekriegsbeschädigten werden hierdurch aufgefordert, sich bis zum Mittwoch, den 9. Juni, nachmittags 12 Uhr auf dem Bürgermeisteramt zu melden und ihre Militärpapiere vorzulegen. Spangenberg, den 2. Juni 1920.

Der Bürgermeister, Schier.

„So sieht die
Kandidatenliste
der
Deutschnationalen Volkspartei
für unsern Wahlkreis aus!“

1. Staatsminister a. D. Dr. Karl Helfferich, Berlin-Wilmersdorf,
2. Landwirt und Bürgermeister Heinrich Lind, Niederflörsheim,
3. Arbeitersekretär Emil Hartwig, Gadderbaum,
4. Landwirt Georg Christian, Unterliederbach bei Höchst am Main,
5. Lehrer Wilhelm Heins, Kassel,
6. Fräulein Thekla Rindorf, Wiesbaden,
7. Gerbereibesitzer Frh. Seelig, Hersfeld,
8. Lokomotivführer Johann Krapp, Treysa,
9. Oberpostsekretär Georg Wüding, Frankfurt am Main-Sockebach,
10. Dr. med. Max Waldschmidt, Bad Wildungen,
11. Schneidermeister Alexander Ruffack, Homberg (Bez. Kassel),
12. Landwirt Alwin Wögn, Danborn (Nassau),
13. Buchhändler August Sonnenschein, Marburg an der Lahn,
14. Rektor a. D. Karl Wagemann, Wehra,
15. Lehrerin Bertha Gerwinus, Kassel,
16. Studienrat Dr. Ernst Gerland, Bad Homburg v. d. H.,
17. Oberpostkassierer Heinrich Degenhardt, Kassel,
18. Eisenbahnschaffner Karl Tag, Wehlar-Niedergirmes,
19. Landwirt Adolf Becknagel, Strauchmühle bei Hofgeismar,
20. Seminarlehrer Frh. Supfrian, Dillenburg,
21. Geschäftsführer Hermann Weppen, Wiesbaden.

Wer rechts wählt, wirft sich der
Reaktion in die Hände und fördert
den **Bolschewismus**.

Wer links wählt, stärkt den **Sozialismus**
und erzeugt die **Rätediktatur**.

Also

nur die mittlere Linie rettet uns,

daher

Handwerker, Arbeiter, Angestellte, Beamte, Kaufleute

wählt

Schücking - Trieschmann

die Liste der deutschen demokratischen Partei.

Geht am 6. Juni Eure Stimme
nur der Partei, die

- | | | | |
|----------|--|------------|--|
| eintritt | für ein einiges starkes Deutschland | und kämpft | gegen jeden Staatstreich und alle Splitterungsverluste |
| eintritt | für nationale Selbstbestimmung | und kämpft | gegen Internationalismus u. Reichertum vor dem Feinde |
| eintritt | für den Zusammenschluß aller vaterländisch und bürgerlich Gesinnten, | und kämpft | gegen Bolschewismus u. Bürgerkrieg |
| eintritt | für sozialen Fortschritt und Aufstieg der Tüchtigen | und kämpft | gegen die Gleichmacherei u. Verengung des engberichtigten Parteimannes, |
| eintritt | für Familie und Sitte, Kirche und Schule | und kämpft | gegen die Vernichtung der Ehe und gegen die Vernichtung der Jugend |
| eintritt | für Fachbeamte und Sachminister | und kämpft | gegen Unfähigkeit u. Korruption in öffentlichen Ämtern, |
| eintritt | für weitgehende, aber gerechte Steuern und Schutz der Schwachen und Kleinen Rentner, | und kämpft | gegen Verschwendung der öffentlichen Mittel, |
| eintritt | für einen selbständigen Mittelstand | und kämpft | gegen Kommunalisierung od. sonstige Sozialisierung der Betriebe des Mittelstandes, |
| eintritt | für wirtschaftlichen Wiederaufbau | und kämpft | gegen jede Lähmung der Wirtschaft, |
| eintritt | für Lebensmittelversorgung u. Abbau der Preise | und kämpft | gegen Wucher- und Schiebertum, |
| eintritt | für werteschaffende Arbeit | und kämpft | gegen die Ausbeutung eines Generalstreiks |
| eintritt | für ein freies Deutschland der Ordnung, Rechtsicherheit u. Ehrlichkeit | und kämpft | gegen Terror, Vandalismus u. Räuberhorden |

Wer diese Ziele vertritt, wählt die wahr
liberale Mittelpartei, die

die kraftvolle Selbstbehauptung
des Bürgertums u. die ehrliche Verständigung mit der Arbeiterschaft

wünscht

die deutsche Volkspartei
Liste Riesser-Hepp.